

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 5

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Ruch

PAX ODER SCHALOM

Pax und Schalom stehen für radikal unterschiedliche Friedenskonzepte. Pax entstand im Schosse einer Weltmacht, deren Interesse auf die innenpolitische Ruhe gerichtet war, während Schalom den Existenzkampf und die Existenzängste eines Kleinstaates ausdrückt.

Das Zweite Buch des Gallischen Krieges von *Julius Cäsar* beginnt mit dem Bericht über einen Bund sämtlicher Belgier gegen die Römer. Ein gewisser *Labienus* erteilt darüber Aufschluss. «*Die Gründe zu dieser Verschwörung seien die folgenden: An erster Stelle stehe die Besorgnis, nach Befriedung ganz Galliens werde unser Heer in ihr Land einrücken... (ne omni pacata Gallia ad eos exercitus noster adduceretur).*» Was nach heutiger Auffassung *Eroberung* heißt, nennt Cäsar *Befriedung*. Dieser Sprachgebrauch zieht sich durch das ganze Werk über den Gallischen Krieg hindurch. Darin spiegelt sich nicht etwa der militaristische Zynismus eines skrupellosen Eroberers. Dahinter steckt vielmehr ein Friedenskonzept, welches mit der römischen Staatsidee eng verbunden ist. Die Wesenszüge dieses Konzepts treten sowohl in der politischen Praxis wie in der Sprachgeschichte des «Pax»-Begriffs zutage.

Pax – eine Art Einfrierung

Der lateinische Ausdruck *pax* geht auf das griechische Verb *pägnymi* zurück. Dieses Verb wird mit *festmachen, gehirnen, gefrieren lassen* übersetzt. Es markiert einen Erstarrungsvorgang.

In die gleiche Richtung weisen abhängige Ausdrücke anderer Sprachen, darunter die deutschen Verben *fügen* und *fangen*. Letzteres zeigt wiederum eine klangliche und etymologische Nähe zu lateinisch *pangere, einschlagen, befestigen*.

Das ganze Bedeutungsfeld enthüllt, was sich ein Römer unter *Pax* vorstellte: Das Ende von Turbulenzen und der Übergang zu einem ruhigen Zustand. Im aussenpolitischen und militärischen Bereich, wo *Pax* schon früh zu einem Fachausdruck wurde, ist vorwiegend das Schweigen der Waffen im Gegensatz zum Krieg gemeint.

Das kontrollierte
Gewaltmonopol
bildet den Kern jeder
verlässlichen
Rechtsordnung.

An die innere Qualität eines solchen Einvernehmens stellt der Friede im Sinne von *Pax* keine konkreten Anforderungen. Wurde beispielsweise der Krieg durch eine gewaltsame Niederwerfung der schwächeren Partei beendet, so ist das Resultat dennoch *Pax*, selbst dann, wenn die schwächere von der siegreichen Macht grundlos angegriffen wurde. *Pax* ist somit ein rein statischer Begriff und bezeichnet nichts anderes als die vordergründige Ruhe.

Schalom – eine Art Ausgleich

Davon unterscheidet sich der biblische Friedensbegriff grundlegend. *Schalom* geht auf das Verb *schalam* zurück, welches im Bundesbuch (2. Mose 21 bis 23) reichlich belegt ist. Es wird am treffendsten durch die Wendung *Genugtuung leisten* wiedergegeben. Solche Genugtuung kann Ahndung oder Schadenersatz sein. In jedem Fall ist *Schalom* kein Zustand, sondern ein dynamischer Ausgleichsprozess. Er ruft nach Gegenwehr, sobald Aggression auftritt. «*Wer ein Stück Vieh erschlägt, der soll es ersetzen; wer aber einen Menschen erschlägt, der soll getötet werden.*» (3. Mose 24, 21)

Das Verb *ersetzen* gibt hier *schalam* wieder. Der Nachsatz enthält zwar dieses Verb nicht, ist jedoch ein eng anliegender Parallelfall. Noch krasser zeigt sich der gleiche Befund an einer Stelle, welche Gott zum Subjekt hat: «*Gott vergilt dem, der ihn hasst, ins Angesicht, um ihn zu vernichten.*» (5. Mose 7, 10) Hier steht *vergilen* für *schalam*. Der Friede, den die Bibel meint, kann demnach im Extremfall auf die Tötung von Menschen abzielen, wenn diese selber zur Bedrohung des Friedens geworden sind. Dieser Extremfall tritt selten ein, aber niemals kann er völlig ausgeschlossen werden, bildet doch das kontrollierte Gewaltmonopol den Kern jeder verlässlichen Rechts-

enthält zwar dieses Verb nicht, ist jedoch ein eng anliegender Parallelfall. Noch krasser zeigt sich der gleiche Befund an einer Stelle, welche Gott zum Subjekt hat: «*Gott vergilt dem, der ihn hasst, ins Angesicht, um ihn zu vernichten.*» (5. Mose 7, 10) Hier steht *vergilen* für *schalam*. Der Friede, den die Bibel meint, kann demnach im Extremfall auf die Tötung von Menschen abzielen, wenn diese selber zur Bedrohung des Friedens geworden sind. Dieser Extremfall tritt selten ein, aber niemals kann er völlig ausgeschlossen werden, bildet doch das kontrollierte Gewaltmonopol den Kern jeder verlässlichen Rechts-

ordnung. Nicht zufällig war einer der bedeutendsten Theologen unseres Jahrhunderts, *Dietrich Bonhoeffer*, an den Plänen zur Ermordung Hitlers beteiligt. Wäre der Anschlag gelungen, so wäre ein gutes Stück Schalom zurückgewonnen und zahlreichen Menschen das Leben gerettet worden.

Ein Wort, zwei Konzepte

In den Diskussionen um die Friedensbemühungen der Gegenwart, bei denen der Pazifismus eine wichtige Rolle spielt, ist nicht geklärt, ob die Friedensbewegung dem römischen Pax-Konzept oder dem biblischen Schalom-Konzept folgt. Deshalb reden Diskussionsteilnehmer, wenn es um den Frieden geht, oft aneinander vorbei. Dass sich die *Pazifisten* nicht *Schalomisten* nennen, mag ein Hinweis auf ihr Leitmotiv sein, reicht jedoch als Antwort nicht aus. Deshalb drei Verhaltensbelege aus der jüngsten Vergangenheit.

Erstens: Der *Golfkrieg von 1990/91*. Nach dem Sprachgebrauch der Friedensbewegung begann der Krieg mit den Bombardierungen irakischer Städte durch die alliierten Luftwaffen. Vom irakischen Überfall auf Kuwait ein halbes Jahr zuvor war nicht die Rede. Diese Beurteilung bekennt sich zur römischen Pax als massgebender Grösse. In der Tat wurde die *Pax* in Kuwait erst im Januar 1991 gebrochen. Aber bereits ein halbes Jahr zuvor war durch den irakischen Überfall auf Kuwait der *Schalom* aus dem Gleichgewicht geworfen worden. Die von der Uno angeordneten Gegenangriffe sollten dazu dienen, den Schalom wiederherzustellen und weiteren Übergriffen vorzubeugen.

Zweitens: Im *Nürnberger Prozess* von 1945/46 wurden führende Nazis für ihre Verbrechen gegen die Menschheit abgeurteilt. Im Februar 1983 fand im Beisein von 18 Fernsehstationen und 150 Journalisten «der zweite Nürnberger Prozess» der deutschen Pazifisten statt. Hier wurde folgendermassen argumentiert: Grossbritannien und die USA hätten auf der Konferenz von Casablanca (Januar 1943) die kriegsvölkerrechtliche Grundregel der Schonung von Zivilisten ausser Kraft gesetzt. «*Mit dieser offiziellen Abkehr vom Völkerrecht schufen diese beiden Demokratien eine Rechtfertigung für den seitherigen Fortfall jeglicher Rücksichtnahme gegen die Zivilbevölkerung in der Kriegsführung und beseitigten die rechtlichen und moralischen Hemmungen gegen die Verwendung von Atomwaffen als Mittel zur nationalen Interessendurchsetzung.*» – Um den pazifistischen Friedensbe-

griff zu durchschauen, muss man sich in Erinnerung rufen, was vor der Casablanca-Konferenz schon alles geschehen war: die erzwungene Abtretung der Sudetengebiete, Anschluss Österreichs, Besetzung Polens, Norwegens, Dänemarks, der Beneluxstaaten, Frankreichs, Griechenlands, Jugoslawiens; der Nordafrikafeldzug, Angriff gegen Russland, Beschluss zur Ausrottung der Juden (Wannsee-Konferenz im Januar 1942) und fortschreitende Durchführung; in Asien der Vorstoß Japans nach Westen, um die Kraft der Alliierten zu brechen.

Für die Friedensbewegten sind also nicht blass Abwehrmaßnahmen gegen Überfälle, sondern auch Vergeltungsschläge zur Eindämmung von Eroberungsfeldzügen unzulässig. Dieses Konzept der

Friedhofruhe führt selbst die berüchtigte *Pax Romana ad absurdum*. Und nachdem die pazifistische Welle bis in westliche Regierungsetagen hochgeschwappt ist, verwundert es nicht, dass auch die *Pax Serbia* auf dem Balkan ungehindert um sich greift.

Drittens: Der *Krieg in Bosnien*. Im Frühjahr 1992 wurde Bosnien von den EG-Staaten völkerrechtlich anerkannt. Dieser diplomatische Schritt hätte im Notfall den Beistand zugunsten des Kleinstaates nach sich ziehen müssen. Statt dessen zog der EG-Diplomat *Lord Owen* bei den Genfer Verhandlungen mit Serbien am gleichen Strick. Auf diese Weise konnte Westeuropa unangenehmen Opfern und innenpolitischen Spannungen aus dem Weg gehen. Die Folge war allerdings, dass Serbien diese Zurückhaltung als Freipass für weitere Über-

griffe auffasste – wie Hitler 1938 die Appeasement-Politik *Chamberlains*. Durch bequeme Zurückhaltung wird der Schaden eben nicht vermieden, sondern blass aufgeschoben und dann multipliziert.

Grundsätzlich fragwürdig ist die Idee, die Gesamtheit der Staatsbürger der Verantwortung in einem allfälligen Krieg zu entheben und sie einer Minderheit von Wehrwilligen (oder womöglich Kriegslustigen) zu überlassen.

Wechselnde Wertvorstellungen in den Kirchen

Die Alte Kirche bis zur konstantinischen Wende stand zum römischen Staat in einem gespannten Verhältnis. Die Kirchväter *Origenes*, *Tertullian* und *Cyprian* erklärten den Militärdienst als mit der christlichen Existenz unvereinbar. An der Synode von Arles (314) erfolgte eine Kehrtwendung ins Gegenteil: Wer den Kriegsdienst verweigerte, dem drohte fortan die Exkommunikation. Die Theologen *Athanasius*, *Ambrosius* und *Augustin* liefern dafür reichlich fragwürdige Rechtfertigungen. Wird nun heute das über Jahrhunderte allzu unbeschwerliche Verhältnis der Kirche zum Krieg neu reflektiert, so dient

das sowohl der Theologie als auch dem Frieden. Die Frage ist jedoch, ob eine erneute Kehrtwendung, diesmal auf den Kurs des modernen Pazifismus, theologisch zulässig ist.

Eine solche Kehrtwendung wäre Ausdruck eines moralischen Fundamentalismus, würde sie doch ethische Zielvorstellungen unabhängig von den Umständen und ohne Vorbehalt für gültig erklären. Solche Verabsolutierung steckt dahinter, wo die Abschaffung der Armee – oder ihre Umgestaltung in eine Attrappe – gefordert wird. Denn damit wird der Ausnahmefall einer Notwehr für schlechthin unmöglich erklärt. Diese Position wird sowohl vom biblischen Friedensbegriff als auch von den Erfahrungen der Geschichte widerlegt. Abrüstung als solche ist ebensowenig ein politisches Ziel wie Aufrüstung. An diesem Punkt berühren sich die Pazifisten mit den Militaristen. Beide nehmen den Frieden als Ernstfall und Herausforderung nicht genügend ernst.

Grundsätzlich fragwürdig ist die Idee, die Gesamtheit der Staatsbürger der Verantwortung in einem allfälligen Krieg zu entheben und sie einer Minderheit von Wehrwilligen (oder womöglich Kriegslustigen) zu überlassen. Der dahinter stehende Anspruch, wer dem Krieg fernbleibt, bleibe auch frei von Schuld, ist eine Spielart von Pharisäertum, die wir uns in der heutigen Lage mit ihren Unwägbarkeiten nicht leisten sollten. Der Theologe Karl Barth sagt es deutlicher: «*Man mache die Nichtbeteiligung am Krieg zur Sache der besonderen Einsicht und Tugend der Einen, die Beteiligung an ihm zur Sache der besonderen Torheit und Bosheit der Anderen!* Wenn man den

Krieg durchaus verewigen will, dann befürworte man gerade diesen Pharisäerweg!» Das heißt keineswegs, dass es für eine Dienstverweigerung nicht auch gute persönliche Gründe geben könne. Aber der Zivildienst darf nur dann neben den Militärdienst treten, wenn er die Unbill des Soldatenlebens und – nicht zu vergessen – das Risiko eines Ernstfalls durch längere Einsatzdauer einigermaßen kompensiert.

Welchen Frieden?

Auch wer sich nicht mit dem törichten Gemeinplatz zufriedengibt, wonach es Krieg schon immer gegeben habe, muss ernsthaft besorgt sein über einen Friedensbegriff, der die Abschreckung und Abwehr gegen Gewalttäter geringschätzt und um des lieben Friedens willen Recht und Ordnung fahren lässt. Die Friedensbewegung ist heute sich selber und der Öffentlichkeit die Klärung ihrer Position schuldig. Sollte sie das wollen, was die biblischen Schriften mit *Schalom* bezeichnen, so muss sie auch die Vorecken gegen Übergriffe mit den damit verbundenen Opfern mittragen. Hat sie dagegen endgültig die *Pax* zum Leitmotiv erwählt, so betreibt sie vorwiegend die Rehabilitierung der Barbarei. ♦

Ulrich Pfister

DER MACHTVERDACHT

Die Medien hätten in der Schweiz am meisten Macht, gaben Führungskräfte in einer Umfrage an, die kürzlich vom Westschweizer Verlagshaus Edipresse an einem Symposium vorgestellt wurde. Die Untersuchung «*Sophia 95*» war von der Firma M. I. S. Trend durchgeführt worden. 241 führende Repräsentanten der Wirtschaft hatten Fragen nach den Mächtigen in der Schweiz beantwortet. Gleichzeitig wurde nach demselben Muster auch eine für die Bevölkerung repräsentative Auswahl von 600 Leuten befragt. Die Ergebnisse der beiden Gruppen unterschieden sich bemerkenswerterweise

nicht wesentlich. Lediglich die Banken rückten in der Bevölkerungsumfrage vom zweiten Rang auf den Spitzensplatz vor. Beiden Gruppen ist gemeinsam, dass sie neben den Medien, der «Wirtschaft», den Verbänden und Lobbies, überdurchschnittlich viel – oder eben zuviel – Macht zuschreiben, während die verfassungsmässigen politischen Machtträger – Bundesrat, Parlament, Kantone, Gemeinden – als wenig, zu wenig mächtig betrachtet werden. Im Mittelfeld liegen bei den Führungskräften die Verwaltung und das Volk; in der Volksmeinung wird die eigene Macht eher als zu tief denn als zu hoch eingeschätzt.

Erstaunlich ist das alles eigentlich nicht; was jedenfalls die allgemeine Umfrage betrifft, ist uns die Stimmungslage gegenüber den offiziellen Institutionen vertraut. Sie wird ja von den Medien auch so gespiegelt, mit Vorwürfen wie Misstrauen, Ohnmacht, Führungslosigkeit oder gar Unregierbarkeit. Nur fragt sich, ob wir es denn wirklich anders wollten, ob wir nicht für unser Vetorecht gegenüber dem parlamentarischen System, das wir durchaus bewusst mit Hilfe von Interessengruppierungen aller Art wahrnehmen, mit Überzeugung kämpfen würden. Und dass die Medien den Mächtigen an den Karren fahren, wird nur zu gerne mit Auflagezahlen und Einschaltquoten belohnt; was weniger geschätzt wird, ist wohl, dass «die Medien» sich gelegentlich auch mit den Mächtigen verbünden, was Abstimmungsniederlagen der geballten Macht zum Trotz bekanntlich nicht ausschliesst. Dass sich das Volk selbst als Macht erlebt, ist indes selten. Auch die spektakulärsten Erfolge gegen das «Establishment», wie beim EWR oder bei der Alpeninitiative, spalten ja dieses Volk und lassen jeweils ansehnliche frustrierte Minderheiten zurück. Ungeteilte Erfolgserlebnisse können hingegen die Interessengruppen auskosten, die den Kampf siegreich führten; sie haben ihre Macht ausüben können.

Was aus der Perspektive der Bevölkerung verständlich anmutet, erscheint bei den Führungskräften doch etwas fragwürdiger. Es sei denn, es treffe zu, dass sie außerhalb ihres eigenen Kompetenzbereichs sich oft auch nur in Stammtischmanier über Politik verständigten. Wer das Funktionieren der Verbände und das Lobbyieren für konkrete wirtschaftliche Interessen aus eigener Anschauung kennt, sollte sich über Macht und Einfluss im Spiel der politischen Kräfte nicht mehr so naiv äussern. Die Klage über das mangelnde wirtschaftspolitische Verständnis der Politiker ist im Grundsatz zweifellos berechtigt; im Einzelfall führen jedoch die gegensätzlichen wirt-

schaftlichen Interessen oft ebenso zu Pattsituationen wie die parteipolitischen Konkordanzübungen. Die Revitalisierungsdebatte hat diesbezüglich einige Illusionen zerstört. Möglich ist allenfalls, dass die befragten Führungspersönlichkeiten die Wahrnehmung legitimer wirtschaftlicher Interessen nicht mehr so selbstverständlich wie früher gleichsetzen mit der Tätigkeit der vielen Verbände und Interessenorganisationen aller Art.

Bleibt schliesslich die Qualifikation der Medien, die strenger ausgefallen ist als in der Bevölkerungsgruppe. Führende Wirtschaftsleute sind zweifellos ebenso wie Politiker gegenüber den Medien exponiert. Sie erleben am eigenen Leib mit, wie Journalisten respektlos und kritisch, manchmal auch inkompetent, fragen und werten können. Sie haben es allerdings auch in der Hand, Informationen geschickt zu steuern und sich in der Öffentlichkeit günstig darzustellen. Wenn Manager den Medien mehr Macht zuschreiben als der – übrigen – Wirtschaft, ist dies auch ein Zeugnis von angeschlagenem Selbstbewusstsein und mangelnder Souveränität.

Wer schliesslich dem Volk eher noch mehr als die bereits ausgewiesene ansehnliche Macht zubilligen will, muss sich bewusst sein, dass er damit der öffentlichen Auseinandersetzung und Durchleuchtung das Wort spricht. Darin ist die Funktion der Medien als Katalysatoren demokratischer Meinungsbildung – mit allen Abstufungen bis zum oberflächlichen Infotainment und zur spektakulären Boulevardschlagzeile – inbegriffen. Die Macht der Medien ist im Bereich von «Brot und Spielen» ausgeprägter als in jenem von Politik und Wirtschaft. Wer dem Volk Macht erhalten will, muss sie auch den Medien nicht nur zubilligen, sondern sogar vermehrt wünschen: damit Politik nicht zum Spiel verkommt, sondern wieder zum Kampfplatz der Argumente und Überzeugungen wird. ♦

SPLITTER

(...) denn die Menschen werden dir immer schlecht gesinnt sein,
wenn sie nicht zum Guten gezwungen werden.

NICCOLÒ MACHIAVELLI, *Der Fürst*